



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

164 (16.4.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190871](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190871)

Mannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfr. M. 1.50 für den Rest des Landes u. Ausland...
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, 7040-7044, Post-Kasse: General-Anzeiger Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten

Wagenpreis: Bei jederzeitigen Abbruch 1. April. Solange 1.00 M., ausm. 1.00 M. Einzahlung...
Wagenpreis: Bei jederzeitigen Abbruch 1. April. Solange 1.00 M., ausm. 1.00 M. Einzahlung...

Zwiespalt im Zentrum.

Bürgerliche Opposition gegen die Koalitionspolitik.

Seit November 1918 befindet sich das Zentrum in einer latenten Krise. Es liegen Anzeichen vor, daß sie nunmehr in ein akutes Stadium treten könnte. Den bürgerlichen Kreisen im Zentrum gefällt es in der Koalition schon lange nicht mehr. Sie werfen der Parteileitung vor, die Grundzüge des Zentrums durch ihre Koalitionspolitik aufzugeben zu haben. Die „Rheinische Volksmacht“ verzeichnete vor einigen Tagen das Gerücht, es sei beabsichtigt, eine neue Partei zu gründen, eine katholische oder christliche Volkspartei als Absonderung von der Zentrumspartei. Es will scheinen, schrieb das Blatt schließlich, als ob eine Einigung mit denjenigen, die in Köln auf Absonderung hinarbeiten, nicht mehr möglich ist. Ihre Bewegung ist nicht drilich beschränkt, sondern steht in Fühlung mit gleichgerichteten Kräften in Westfalen, in Hessen, in der Pfalz und in Bayern. In ihrem geistigen Abendblatt befaßt sich nun auch die „Kölnische Volkszeitung“ sehr ausführlich mit diesen Bestrebungen; sie gibt die „Richtlinien einer christlichen Volkspartei“ wieder, die am 13. April in Köln von Mitgliedern der Zentrumspartei aufgestellt worden sind. In diesen Richtlinien wird vor allem gefordert für die zukünftige Politik in Reich, Staat und Gemeinde, eine wahrhaft reichhaltige und energiegelade Vertretung und Anwendung der echt christlichen Grundzüge, ferner Zurückweisung aller Bestrebungen auf Ausschaltung der Religion aus dem Lehrplan der zukünftigen Schule. Abgelehnt wird jeder den christlichen Grundzügen widersprechende Staatssozialismus und jede unnütze Beeinträchtigung der freien Privatwirtschaft. Die Führer der neuen Bewegung fordern einen verfassungsrechtlichen Zustand in Reich, Staat und Gemeinde, der den wirklichen Willen des Volkes, auch der Minderheiten ungehindert zum Ausdruck kommen läßt. Sie sind und bleiben grundsätzliche Gegner jeglicher Staatsomnipotenz. Sie verwerfen jede willkürliche Gewaltherrschaft einer einzelnen Klasse und die schrankenlose Herrschaft einer Mehrheit des Parlaments, mag sie von dem Namen einer Monarchie oder einer Demokratie gedeckt sein. Endlich wird noch verworfen ein deutscher Einheitsstaat mit rückwärtsloser Zentralisierung aller gesetzgebenden und anordnenden Gewalt — vielmehr weitgehende kulturelle, verwaltungspolitische, finanzpolitische und wirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen gleichberechtigten Gliedstaaten gefordert. Man sieht, es sind zu einem großen Teil rein bürgerliche Forderungen, die da erhoben werden. Die „Kölnische Volkszeitung“ räumt ein, daß zurzeit weite Kreise des Zentrums Unruhe, Besorgnis, Unbehagen ergriffen hat. Am meisten seien von ihr erfaßt die Kreise des Mittelstandes und der akademisch gebildeten Stände. Die „Kölnische Volkszeitung“ kann nicht umhin, diese Besorgnis als „nur zu natürlich“ zu finden, verläßt sich dann aber an einer Verteidigung der Politik der beiden Fraktionen des Zentrums in der Koalition, in der nicht viel gesagt wird. Es hätte keinen anderen Weg gegeben, das Vaterland vor dem völligen Umsturz und Zusammenbruch zu retten, sie schwächt dieses Argument aber selbst gleich wesentlich ab, indem sie zusetzt: „Das war gewiß ein Gesichtspunkt politischer Zweckmäßigkeit von höchster Bedeutung, aber immer doch ein vorwiegend opportunistischer Gesichtspunkt.“ Viel Erfolge dieser Politik kann die „Kölnische Volkszeitung“ auch nicht aufzählen, auf Gebieten, wo man sehrnützlich nach ihnen ausgeblieben, seien sie ausgeblieben. Dazu der furchtbare Druck unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und die Ungewißheit der Zukunft. Es sei nicht zu verwundern, daß da auch alte und treue Anhänger des Zentrums dem Gedanken sich hingaben, es müßten andere Wege gesucht und eingeschlagen werden, wenn die Partei erhalten bleiben solle. Andere Wege vor allem, um unsere innerpolitischen Verhältnisse einer Besserung entgegenzuführen.

Natürlich endet der Ausschlag mit einer beweglichen Mahnung, die Einheit der Partei zu wahren; die zum Ganzen Strebenden müßten alles aufbieten, die Partei zusammenzuhalten. Richtet die „Kölnische Volkszeitung“ Mahnungen zur Besonnenheit an die Verfasser der Richtlinien, so glaubt sie sie auch an alle anderen Zentrumsfraktionen richten zu müssen. Voll tiefer Sorge schreibt sie:

In der christlichen Arbeiterschaft machen sich da und dort ähnliche Bestrebungen geltend wie in dem aus dem Boden der Zentrumspartei stehenden Mittelstande. Auch im Bauernstande gärt es. Was aus diesen drei nach verschiedenen Richtungen gehenden Strömungen wird, wenn es nicht gelingt, sie wieder in ein geordnetes Bett zusammen zu führen, braucht nicht weiter ausgesagt zu werden.

Anschaulicher kann die zersetzende Wirkung der Teilnahme des Zentrums an der Koalition nicht geschildert werden. Diese Wirkung aufzuhalten war ja auch die Rede Trimborns bestimmt. Sie sollte mit ihren schönen und tapferen Worten gegen das Vorwiegen sozialdemokratischer Ansichten in der Koalition das beunruhigte Bürgertum beschwichtigen, vor allem in Rheinland-Westfalen. Hervorragende Vertreter des Zentrums wie z. B. der Herr Postminister Giesberts, haben die ganze Politik der Regierung Bauer und des Kabinetts Müller verantwortlich mitgemacht. Dem Zentrum oberschlägt das Wissen in zahllosen, gebärdigten Protesten, die der Parteileitung aus der rheinisch-westfälischen Gegend entgegenkommen. Dort im Rheinland und in Westfalen hat man die verbrecherischen Folgen der Regierungspolitik am eigenen Leibe erlebt, und deshalb geht dort durch die Zentrumsreihen ein Sturm der Entrüstung. Nach dem Abfall des bayrischen Flügels könnte das Zentrum einen ähnlichen Rückschlag in Westfalen nicht mehr verkraften. Darum hat man durch die Rede Trimborns Panier gegen die Regierung aufgeworfen, während die Demokraten sich dem Dienst mit einer ziemlich lendenhaften Erklärung begnügten. Sie sind und bleiben die unentwegten Parteigänger der Sozialdemokratie. Im Zentrum dagegen macht sich der Druck des Bürgertums dermaßen geltend, daß die Fraktion wohl oder übel ihm Rechnung tragen mußte. Freilich,

wie für die Einheit des Zentrums selbst, so ist damit auch für den Zusammenhalt der Koalition eine große Schwierigkeit geschaffen.

Eine wirre Lage. Am Mittwoch bemerkte der „Vorwärts“, die ganze Tendenz der Trimborn'schen Rede sei „äußerst rückwärts“ gewesen, und man habe den eigenbimlichen Eindruck gewonnen, als ob in gewissen reamstehenden Teilen der Zentrumspartei der Wunsch bestehe, noch kurz vor den Wahlen gewisse Brücken nach rechts zu schlagen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand macht in einem Aufruf die Parteigenossen scharf gegen rechts. Herr Trimborn betont eindringlich und der Wirklichkeit entsprechend, daß der Feind links steht. Wird er irgend einen Eindruck auf die Regierung machen, irgend einen Einfluß auf die Sozialdemokraten und Demokraten üben, die sich immer mehr nach links festlegen? Wenn nicht — und es ist sehr unwahrscheinlich — zu welchen Folgen wird dann die Beiruhigung in den bürgerlichen Kreisen des Zentrums führen?

Stellungnahme der badischen Zentrumspartei zu den Tagesfragen.

Karlsruhe, 15. April. Der Zentralausschuß der badischen Zentrumspartei sah in seiner am Mittwoch hier abgehaltenen Tagung eine Reihe von Entschlüssen, in denen zunächst die Angriffe lebhaft bedauert werden, welche in letzter Zeit aus Parteikreisen in auswärtigen Organen gegen das Zentrum erhoben werden. Die Görres-Korrespondenz wird als Zentrumsorgan entschieden abgelehnt. Die Organisation des Nährstandes zur Wahrnehmung und Pflege seiner Standesinteressen wird begrüßt und die Anklagen, als ob das Zentrum in seinen Fraktionen zu Berlin und Karlsruhe die Interessen des Bauernstandes nicht genügend wahrgenommen habe, werden vom Zentralausschuß als unwarhaft zurückgewiesen. In einer weiteren Entschlußung werden sodann Forderungen zur Sicherstellung der Ernährung der städtischen und industriellen Bevölkerung aufgestellt und dabei wird verlangt die Förderung der Produktion durch Beschaffung von Dünger, Maschinen und Arbeitskräften zu Preisen, die für die Landwirtschaft erschwänglich sind, eine Preisgestaltung für landw. Produktion, die die Landwirtschaft lohnend macht, der Abbau der Zwangswirtschaft unter Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung und Ausschaltung des wucherischen Zwischenhandels, Aufhebung der Lebensmittelrationierung für die Landwirte, Beseitigung jeder schikanösen Kontrolle der Landwirte und Auflösung der Kriegesgesellschaften.

In den folgenden Entschlüssen kommt die Forderung der unbedingten Erhaltung der christlichen Schule, der Bekämpfung des Wuchers, Schiebers- und Ausbeutertums zum Ausdruck. Weiterhin wird betont, daß der Zentralausschuß nur eine verfassungsmäßige Regierung anerkennt, die Vorgänge in Berlin und im Ruhrgebiet verurteilt und daß er fordert, daß es für Hochverräter nur ein einziges Recht gibt. Freiheitsfeindlichen und undemokratischen Bestrebungen werde sich das Zentrum mit aller Energie widersetzen. Schließlich wird noch das Vorgehen der Franzosen in Frankfurt bedauert. Die letzte Entschlußung enthält die Aufforderung zur Mitarbeit bei den bevorstehenden Reichstagswahlen.

Die Putschgerüchte.

Berlin, 16. April. (Von unserem Berliner Büro.) Der gestrige Tag, dem man in Regierungskreisen anscheinend mit einiger Unruhe entgegengesehen hatte, ist ungestört verlaufen. Wenn Putschabsichten irgendwie bestanden haben, so sind sie jedenfalls nicht ausgeführt worden. Unausgesprochen ist nach wie vor der Fall mit dem Wolff'schen Telegraphenbüro, das gestern vormittag von irgendeiner unbekanntem Stelle, die sich für das Pressereferat der Reichskanzlei ausgab, an telephoniert worden ist, mit der Mitteilung, daß Wittich und Major Bischof seien in Pommern gefangen. Auch die Telegraphen-Union und die „Freiheit“ haben die gleiche Mitteilung erhalten. Die „Freiheit“ behauptet nun feist und fest: das hätte das Signal zur Erhebung von rechts sein sollen. Einen Beweis für ihre Behauptung bleibt die „Freiheit“ indes einstweilen schuldig und so wird man immerhin einige Fragezeichen hinter diese Behauptung setzen dürfen. Die Theorie von der Putschgefahr von rechts wird auch mit besonderer Lebhaftigkeit vom „Vorwärts“ verfolgt. Der versichert heute, daß die „Offiziersfronde“ ihre Stunde für gekommen halte. Das Offizierskorps eines Hirschberger Jäger-Bataillons sei in Berlin eingetroffen, um Instruktionen für sein Verhalten bei den neuen Putschen entgegenzunehmen. Das Münster-Lager bürde sich mehr und mehr zum Sammelplatz aller gemäßigten und verabschiedeten Offiziere der Reichswehr und der Baltikumstruppen heraus.

Derweilen läßt sich aber die „Deutsche Tageszeitung“ aus Pommern von „bestunterrichteter Seite“ mitteilen, daß von Putschabsichten rechtsstehender Kreise dort keine Rede sein könne. Die früheren Baltikumstruppen in Pommern hätten keinen jehtlicheren Wunsch, als daß man sie friedlich ihrer Arbeit nachgehen ließe. Der Votalanzeiger aber gibt die Zuschrift eines christlichen Gemeindeführers wieder, der dieser Tage auf der Fahrt von Köln nach Berlin im Eisenbahnwagen das Gespräch von Kommunisten belauscht haben will, die für die nächsten Tage in verschiedenen Gebieten Deutschlands Scheinputsche heroorufen möchten, um die Reichswehr vom Ruhrrevier abzulenkten. Dann würde die Entente im Ruhrrevier einrücken, das übrige Deutschland aber wäre ohne weiteres in die Hand des Proletariats gegeben.

Der Wahrheitskern in allen diesen Gerüchten und Geschichten läßt sich schwer herauszufinden. Auf alle Fälle scheint die Nervosität der Zeit an ihnen einen großen Anteil zu haben. Wie von ausländischer Stelle erklärt wird, sind die Bankrottverordnungen und sämtliche Immobilien der Hauschuldigen des Kapp-Putsches inzwischen beschlagnahmt worden.

Die Landbevölkerung unzufrieden mit der Regierung.

Berlin, 15. April. (Brio-Tel.) Zu dem neuen Putschversuch schreibt der „Berl. Bot.-Anz.“: In Pommern ist alles ruhig. Von der Abficht eines neuen Putschversuches kann keine Rede sein, wenn auch zugegeben werden muß, daß große Teile der Landbevölkerung mit der jetzigen Regierung unzufrieden seien, lehne man doch jeden Putsch ab.

Die innere Lage.

Der Dolchstoß von hinten. Während bei uns noch vielfach bestritten wird, daß das Heer von hinten erdolcht wurde, geben dies jetzt selbst unsere Feinde unumwunden zu. So begründet der Berichterstatter des französischen Heeresauschusses, M. Fabry, Deutschlands Kriegslage im „Journal Officiel“ mit der geistigen Entwertung des Volkes. Wir haben am Ende des Krieges ein deutsches Heer gesehen, das so gewaltig bewaffnet war, wie ein Heer nur bewaffnet sein kann, und das mit einem so vollkommenen Material ausgestattet war, wie es nur möglich ist. Was hat ihm aber gefehlt? Was war die Ursache seiner Niederlage? Die Ursache bestand darin, daß das deutsche Heer nicht mehr die einhellige Zustimmung der Nation hinter sich hatte, den gemeinsamen Willen, die notwändigen Kriegesopfer zu ertragen und den Krieg fortzusetzen. Es ist durch diesen Krieg vollkommen bewiesen, daß, wenn ein Heer, wie mächtig es auch sei, nicht ein Volk hinter sich hat, das entschlossen ist, sich zu schlagen, es unmittelbar zur Ohnmacht verurteilt ist.

Protest einer Frau gegen die Schlappheit der Regierung.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Essener Allgemeine Zeitung folgende Zuschrift einer Frau und Mutter: „Gibt es in dieser grauenhaften Zeit des Bürgerkrieges und der gemeinsamen Not keine Möglichkeit, daß sich alle noch deutsch und ehrlich Denkenden, ganz gleich welcher Partei, welcher Religion, welchen Berufes, zusammenschließen zu gemeinsamer Abwehr des Bolschewismus, der zu unserem gemeinsamen Untergang führen muß? Kann man nicht gemeinsam Protest einlegen gegen die Schlappheit der Regierung, die der Roten Garde südlich der Ruhr durch die Verweigerung der Sendung des Militärs dorthin geradezu in die Hände arbeitet! Wenn ferner dem Militär das Standrecht genommen wird, wer gibt da noch die Waffen ab! Du Presse des Industriebezirks, du kamst zu unserer Rettung beitragen, wenn du den Parteihader wenigstens jetzt ruhig lässest und aufrufft zum Zusammenschluß!“

Handgreifliche Betriebsräte.

Berlin, 15. April. (WB.) Die Betriebsräte der Fabrik Knorrbremsen in Lützenberg drangen heute in das Verwaltungsgebäude ein und stellten folgende Forderungen an die Direktion: 1) Zahlung von 1600 M. an jeden der 3600 Arbeiter, 2) keine Akkordarbeit mehr, sondern ein Stundenlohn von sechs Mark, 3) Bezahlung der Kapp-Streiktage. — Bei dieser Gelegenheit wurden die Arbeiter sämtlich gegen einzelne Beamte und zwangen den Direktor, vor die draußen versammelten Arbeiter zu gehen und ihnen folgende schriftliche Zusätze zu machen, die er angesichts der drohenden Haltung der Massen auch gab. Zahlung von 500 Mark, zu Punkt 2 und 3 erklärte er sich nicht festlegen zu können. Die Direktion erkannte jedoch später die Erklärung des Direktors nicht an. Auch der Bund der Metallindustriellen lehnte die Forderungen ab und beschloß, morgen die Fabrik zu schließen und die Arbeiter zu entlassen. Man fürchtet, daß die Arbeiter infolge dessen morgen die Fabrik sabotieren werden. Für ausreichenden Schutz durch die Sicherheitswehr ist geforgt.

Der Saub der Regierungsgebäude in Berlin.

Berlin, 15. April. (WB.) In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrates wurde u. a. ein Gesetzentwurf über die Befriedung der Gebäude des Reichstages und der Landtage angenommen. Der Gesetzentwurf ist begründet durch die Vorgänge am 13. Januar vor dem Reichstage. Es sollen danach künftig in einer gewissen Entfernung von den Gebäuden des Reichstages und der einzelnen Landtage keine Versammlungen unter freiem Himmel mehr stattfinden dürfen.

Keine Strafverfolgung für Bekämpfer des Kapp-Putsches.

Berlin, 15. April. (WB.) Ueber die Frage der Strafbarkeit der zur Abwehr des Kapp-Putsches vorgenommenen Handlungen hat sich der Reichsjustizminister am 15. April im Reichstage eingehend geäußert. Er hat im besonderen ausgesprochen, daß nach den allgemeinen Grundzügen eine Strafverfolgung aller derjenigen nicht in Betracht komme, die in Abwehr des verbrecherischen Kapp-Putsches ihrer besten Überzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten.

Die Spartakisten wieder im Besitz von Waffen.

Münster (Westf.), 15. April. Die auf Grund des Bielefelder Abkommens in Bochum abzugebenden Waffen sind, wie von militärischer Seite verlautet, von den zurückstufenden Spartakisten nachträglich ins Bergische Land verschleppt worden, darunter angeblich vier Stalgeschütze. Auch in Wattencheid sollen viele Waffen versteckt sein. Die aus Barmen und Elberfeld abgezogene rote Armee hat unterwegs sinnlos geplündert.

Die Lage in Danen.

Dänen 1. B., 15. April. (W. B.) Die hiesige Arbeiterschaft beschloß nicht in den allgemeinen Streik einzutreten, da sie in dem Einrücken der Reichswehr eine nur sagen Höll und Gen. gerichtete Aktion erblickt. Bei den hier einwohnenden 122 Polizeibeamten wurden, annähernd 150 000 M. gefunden.

Gegen die Auflösung der Einwohnerwehr.

München, 16. April. (Brio-Tel.) Die Deutsche Volkspartei Nürnberg (Nationalliberale Partei) hat in der Frage der Einwohnerwehren folgende Einlassung abgegeben: Reichsregierung Berlin. Die Deutsche Volkspartei Nürnberg erhebt für mich Protest gegen die Auflösung der Einwohnerwehr und macht auf die ungeheuren Gefahren aufmerksam, die da-

durch dem Bürgerum in Stadt und Land drohen. Kein Minister darf sich dazu hergeben, Deutschland immer mehr dem Bolschewismus auszuliefern.

In den Ministerpräsidenten von Bayern! Durch die Auflösung der Einwohnerwehr in Preußen besteht die dringende Gefahr für das gesamte Bürgerum in Stadt und Land, daß der Bolschewismus immer weiter um sich greift. Die Deutsche Volkspartei erachtet die bayerische Regierung dringend, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Auflösung der bestehenden Einwohnerwehr unter allen Umständen unterbleibe, da die rote Flut sonst nicht eingedämmt werden kann.

Keine Erhöhung der Versicherungsgrenze?

Der 6. Ausschuß der Nationalversammlung (für Volkswirtschaft), der das Recht der Nachprüfung und Bestätigung von Regierungsverordnungen durch die Nationalversammlung erhalten hat, stimmte vor den Osterferien der Berordnung auf Erhöhung des Grundlohns und Erweiterung der Versicherungsgrenze zu. Dabei wurde auf Antrag der Mehrheitssozialdemokratie die vom Reichsrat vorgesehene Erweiterung der Versicherung von 5000 auf 12000 M. noch erhöht bis auf 20000 Mark. Der Beschluß wurde gefaßt, ohne vorherige Befragung der Fraktionen, in großer Eile und Arbeitsbedrängnis. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß nicht nur die Kritik der Ärzte, die überhaupt nicht gehört worden sind, sondern daß auch den Krankenkassen und den Versicherten selbst ein schlechter Dienst mit dieser Herabsetzung geleistet werden würde. Es sind deshalb, wie wir hören, Bestrebungen im Gange, welche darauf abzielen, daß die Nationalversammlung den Beschluß ihres 6. Ausschusses, wie das in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, beanstandet und außer Geltung setzt.

Die Gewaltmaßnahmen der Belgier in Eupen und Malmedy.

Berlin, 15. April. (W.B.) Die Reichsregierung ließ Anfang April eine umfangreiche Note in Paris übergeben, in der sie nachdrücklich Beschwerde führt gegen die unerhörten Gewaltmaßnahmen, die die belgische Behörde im Hinblick auf die Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy zur Anwendung bringt. Schon in technischer Beziehung kann von einer sachgemäßen Abstimmung keine Rede sein; denn es liegen nur zwei Stimmlisten aus und die einzelnen Entzogenen dauern so lange, daß innerhalb der sechs Monate der Abstimmungszeit bei ununterbrochener Reihenfolge nur eine Minderheit der Stimmberechtigten ihr Stimmrecht ausüben könnte. Vor allem aber gehen die Belgier gegen Personen, die sich für Deutschland eintragen, mit Zwangsmassnahmen vor, die nichts weniger als die Vermeidung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeuten. Von Wahrgenossen dieser Art sind die unerträglichsten die Entziehung der Erlaubnis des freien Verkehrs im besetzten Gebiet, die Beseitigung der Lebensmittelkarten und der Ausschluß vom Geldumtausch. Die deutsche Regierung sieht in diesem Vorgehen nicht nur einen Bruch des wiederholt gegebenen feierlichen Versprechens der Vorjore für eine freie, unbeeinflusste Stimmabgabe, sondern auch eine Verletzung des Friedensvertrages, der es an der Ausübung eines vertraglich verbrieften Rechtes verhindert. Die Note wendet sich endlich an den Völkerbund mit dem Ersuchen, eine Kommission zur Überwachung zu entsenden und spricht die Erwartung aus, daß Maßnahmen getroffen werden, um eine Vergewaltigung einer mehr als 60 000 Seelen zählenden Bevölkerung zu verhindern.

Berlin, 15. April. (W.B.) Die Kommission zur Festsetzung der deutsch-belgischen Grenze hat bekanntlich beschlossen, Belgien die einzige Bahnlinie des reindeutschen Kreises Ronchou zuzusprechen. Dieser vertragswidrige, sachlich unhaltbare und unter Missachtung der Wünsche der Bevölkerung gefaßte Beschluß hat allenthalben berechtigten Entzweck hervorgerufen. Nachdem bereits am 5. 4. zwei Abordnungen aus Ronchou und der Stadt Aachen beim Reichskanzler vorstellig geworden waren und eindringlich um Abhilfe gebeten hatten, hat am 15. 4. eine Abordnung aus dem Landkreise Aachen bei der Reichsregierung vorgelassen und darauf hingewiesen, daß mit der Verschiebung der neuen Grenze nicht die an die Bahnlinie das Hauptniedererschlagsgebiet für die Wasserversorgung des Land- und Stadtkreises Aachen in der Nähe der Hand geraten würde. Damit würden lebenswichtige Interessen großer deutscher Gebiete gefährdet. Würden aber die Laßperre und Sperranlagen des Kreises Vögenbach beseitigt, so würde sich für die Bewohner des gesamten unteren Niederrheins mit mehreren Dörfern und den Städten Stolberg und Schmelmer ein geradezu unhaltbarer Zustand ergeben; denn schon die geringste Unachtsamkeit in der Bedienung der Sperre würde genügen, um diese Gegend unter Wasser zu setzen, also ein Unglück von unübersehbaren Folgen herbeizuführen. Die Reichsregierung, die für die Not der betroffenen Bevölkerung volles Verständnis hat, wird alles tun, um eine Aufhebung des als rechtungswidrig anzuerkennenden Beschlusses der Grenzfestsetzungskommission herbeizuführen.

m. Köln, 16. April. (Bris. Tel.) Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Aachen: Der Vorsitzende der Gewerkschaften Gewerkschaftsführer Fonten ist von den Belgiern verhaftet worden. Es wird in der ganzen Umgebung gestreut und erzählt, daß die Arbeit erst dann wieder aufgenommen werde, wenn Fonten wieder freigelassen sei.

Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 1.30 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und bez. die Gesetzesjustiz. Abg. Waberski (D.A.B.): Die neuen dem Entwurf allseits abgelehnt. Die Justiz der Gesetzesjustiz muß sichergestellt werden. Abg. Stücken (Soz.): Hätte wie der von Bayern und der Marock-Besetz haben das Vertrauen der Gesetzesjustiz völlig erschüttert. Ich beantrage Verweisung an einen Ausschuß. Abg. Graf Dohna (D. B.) wünscht einen Ausschuss aus dem Gesetzentwurf, da 1. B. eine gründliche Durchberatung notwendig ist. Zudem haben wir nicht das nötige Vertrauen zum Reichsjustizminister, der den Tempel der Justitia entweiht hat, um ihm auch diese Erweiterung seiner Kompetenzen zu bewilligen. Abg. Hall (Dem.): Die Kompetenz des Reichsjustizministers wird durch die Vorlage nicht erweitert. Reichsminister Blum: Der Entwurf ist bedingt durch die Verfassung. Er ist ferner notwendig durch die erforderliche Zunahme der Reichsjustiz in der Reichsjustiz. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Schulz-Danenberg (D.A.B.) und persönlichen Erörterungen werden beide Gesetzentwürfe an den eigentlichen Ausschuss verwiesen. Der Gesetzentwurf betr. die Schaffung eines Ausschusses wird in allen drei Lesungen erledigt. Es folgen mündliche Berichte des Ausschusses für Wohnungsverhältnisse, die ohne Aussprache erledigt werden. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Prüfung von Bibliothekarien für die Bibliothek. Abg. Ende (Dem.): Die Arbeiter, die bei den Bibliotheken beschäftigt werden, dürfen nicht befristet gemacht werden. Die Prüfung muß allgemein und einer einzigen Stelle übertragen werden, bei der auch pädagogisch und künstlerisch Gedächtnis mitwirken. Abg. Frau Weber (Soz.): Die Jugendämter müssen an der Durchführung des Gesetzes mitwirken.

Abg. Frau Wende (D. B.) nimmt dem zu. Abg. Krüger (Soz.): Die Schlichtung der Rinderbesitzer hat den Erwartungen nicht entsprochen. Politische und religiöse Gründe dürften für die Beschlüsse maßgebend werden. Abg. Frau Waberski (D.A.B.): Der Staat muß die Bedingungen für eine förmliche Weiterentwicklung schaffen. § 1 wird in der Ausschlußfassung angenommen mit dem Zusatz, daß die vorgeschlagenen Verbote für In- und Ausland gelten sollen. In § 2 Lesung erledigt. Abg. Frau Stieg (D. B.) einen Antrag Agnes, das Alter für Jugendverhaltungen von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. Die Justiz darf nicht von der politischen Stellung der Senatoren beeinflusst werden. Abg. Krüger (Soz.): Die Sozialisierung der Filmindustrie wäre die schärfste Bedrohung der Kinos. Der Antrag Agnes wird abgelehnt. Bei § 6 wird Abg. I. gelehrt, welcher bestimmt, besondere Landesprüfungsstellen für Jugendfilme einzurichten. Eine Reihe weiterer Vorarbeiten wird im wesentlichen in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. Das Gesetz wird darauf in dritter Lesung angenommen. Der Antrag auf Kommunalisierung der Vorführung der Bildstreifen wird abgelehnt. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Anträgen. Aufhebung der Schuln u. d. Schluß 5 1/2 Uhr.

Badischer Landtag.

Badischer Landtag. Karlsruhe, 15. April. Der Landtag trat heute nachmittags 4 Uhr wieder zusammen. Auf eine von dem Abg. Dr. Königsberger (Soz.) gestellte kurze Anfrage über die

Protokollführung antwortete Ministerialdirektor Fährmann und führte dazu folgenden aus: Unsere ersten Bemühungen in Berlin haben dort die volle Einsicht in unsere Lage gefördert; die Reichsregierung wird nach den telegraphisch eingetroffenen Mitteilungen für Baden sofort eine besondere Kommission entsenden. Wir erhalten 50 Waggons Auslandsmehl, der in Mannheim lagert, außerdem ist uns die Lieferung von weiteren 100 bis 200 Waggons Weizen in sichere Aussicht gestellt worden. Danach können wir in etwa einer Woche mit Ueberwindung der augenblicklichen Krisis rechnen. Infolge der inzwischen eingetretenen Besserung unserer innerpolitischen Lage haben sich auch die Betriebsverhältnisse aus Norddeutschland wieder erheblich gehoben, so daß wir hoffen dürfen, in nicht allzuferner Zeit bezüglich der Brotversorgung wieder geordnete Zustände zu erhalten. Von einer Erhöhung der Brotration oder einer Wiederüberlegung des Ankaufpreises kann vorläufig keine Rede sein. Abgesehen von dem gestellten Antrag ein, ob die Regierung bereit sei, falls der Brotpreis in den 4 großen Städten zu hoch wird, für eine Ermäßigung zu sorgen und die daraus entstehenden Kosten auf das ganze Land zu verteilen. Die badische Regierung ist zu einer solchen Entscheidung allein nicht zuständig. Sie würde ausschließlich in den Ausgabenkreis dieses hohen Hauses gehören. Die Reichsregierung hat im Verlauf des letzten Jahres zur Verbilligung des Mehles und damit des Brotpreises schon Milliarden aufgewendet und wird auch in den nächsten Monaten weitere Milliarden für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Ohne diese Hilfe würden wir, nachdem wir in hohem Maße auf den Bezug des Auslandsmehles angewiesen sind, zu unerträglichen Brotpreisen gelangen.

In keinem weiteren Dursenverlauf betont der Reichsminister noch, es bestehe keine große Wahrscheinlichkeit, daß bei einem einheitlichen Brotpreis für das ganze Land die ländlichen Kommunalverbände an die Städte ins Gewicht fallende Beiträge abzuführen in der Lage wären. Die Regierung werde aber mit tunlichster Beschleunigung die Prüfung Meier Fröwe vornehmen. Am Schluß wies der Reichsminister darauf hin, daß der Minister des Innern, der in der Frage der Einwohnerwehren und in sonstigen politischen Angelegenheiten dringend nach Berlin vertritt ist, daselbst auch die Frage der Grenzrevision, insbesondere der Brotversorgung, eingehend zur Sprache bringen werde. Er werde dabei auch zur Sprache bringen, daß der badischen Regierung eine gewisse Gebietsveränderung zur Verfügung gestellt wird, damit Kosten, wie sie jetzt einfließen, nicht, tunlichst vermieden werden. Die Besetzung der Stadt Frankfurt durch die Franzosen hat unser Land bedroht, die Ernährung in eine äußerst kritische Lage gebracht. Die Franzosen haben damit den Hauptniedererschlagsgebiet aus dem Norden nach Baden in der Hand. Die Bahnlinie Ronchou-Malmedy ist, wie die Generaldirektion berichtet, nicht in der Lage, den Verkehr der Frankfurter Linie noch mit zu übernehmen. Wir können also von einem Tag auf den anderen unter Umständen befristet die Ernährung vieler in die größten Schmelzwerke geraten. Aus diesem Grunde halten wir die Schaffung einer Rotkreuzleitung für dringend geboten.

Präsident Kopp: Der bisherige Finanzminister Dr. Wirth hat seinen badischen Posten niedergelegt, nachdem er die Stelle eines Reichsfinanzministers übernommen hat. Wir werden ihn ein freies Mandat bewahren und danken ihm für seine dem badischen Staat geleistete Arbeit. Im Auftrag des Ausschusses der Verordnetenmänner habe ich dem Hause vorzuschlagen, dem Abgeordneten und Staatsrat

Abg. vom Finanzminister zu wählen. (Wahrscheinlich erhob sich nicht.) Staatsrat Köhler wurde einstimmig von sämtlichen Fraktionen zum Finanzminister gewählt. Staatsrat Köhler dankte für die Wahl und erklärte sich bereit, sie anzunehmen.

Namens des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Dr. Göttsch (Dem.) über die von dem Abg. der Sozialdemokratie, der Demokraten und des Zentrumskomitees formierten

Anträge über die Reduktion der Steuern. (Diese Anträge waren früher im Hause behandelt worden, aber dem Haushaltsausschuss zur Durchberatung übergeben worden.) Der Berichterstatter erörterte zunächst das Konsumsteuergesetz, besonders die Streitfrage über die Konsumsteuer zwischen Hebelstein und Mannheim rechts oder links des Rheins. Namens des Haushaltsausschusses stellte er einen Antrag, in welchem die Verhandlungen der Reduktion der Steuern mit dem Reich zur Kenntnis genommen werden und der dem Landtag die bestimmten Erwartungen auszusprechen soll, daß die Reichsregierung und die Nationalversammlung sich nicht gegen die Fortsetzung der Konsumsteuer in dem letzten Falle. Ferner spricht der Landtag die Erwartung aus, daß die freie Schifffahrt auf dem Rhein nicht durch irgend welche Monopole beeinträchtigt werde, daß insbesondere die bereits nach dem Reichsrecht „Schiffahrt“ in einer Weise anerkannt werde, die diesem Grundgesetz Rechnung trägt. Die badische Regierung möge diesbezüglich mit der mitreibernerschen Regierung in Verhandlungen eintreten. Eine Aussprache fand nicht statt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Namens des Haushaltsausschusses erhaltete Abg. Seubert (Soz.) einen eingehend ausgearbeiteten Bericht über den Gesetzentwurf betr. den Staatsvertrag über den Übergang der Staatsbahnen an das Reich. Der Berichterstatter legte folgende elf Entschlüsse dem Hause vor:

- 1. Die Abfindung für die Uebertragung der Staatsbahnen an das Eigentum des Reiches soll nach § 3. Abs. 1. gemäß werden, vorbehaltlich einer Herabsetzung der Zahl nach endgültiger Feststellung der für die Abfindung maßgebenden Beträge.
- 2. Der Landtag ermächtigt die Regierung, in Anrechnung auf die Abfindung dem Reich außer der stehenden Eisenbahnschuld auch die schwebende Schuld der allgemeinen Staatsverwaltung zu übernehmen.
- 3. Baden behält seine fundierten Schulden.
- 4. Baden verlangt gemäß § 4. Abs. 4. daß für seine am 31. März bestehenden Schulden vom Reich durch Reichsgesetz die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen wird.
- 5. Baden verlangt gemäß § 5. Abs. 1. zur Sicherung des gesicherten Teils der Abfindung ein Pfandrecht an den zum Eisenbahnbetrieb des Reiches gehörenden Grundstücken und sonstigen Vermögensgegenständen.

6. Die Zustimmung der Landesregierung gemäß § 8 (Verzinsung über Verzinsung der Eisenbahn) und gemäß § 14. Abs. 3 (Entscheidung über die Verleihbedingung für Nebenbahnen) darf nur mit Genehmigung des Landtages gegeben werden.

7. Der Landtag spricht die Erwartung aus, daß das Reich private, dem allgemeinen Verkehr dienende Nebenbahnen, die nicht in der Lage sind, von sich aus den Betrieb aufrechtzuerhalten, in sein Eigentum übernimmt oder doch so unterstützt, daß ihr Betrieb aufrechterhalten werden kann.

8. Der Landtag erwartet, daß vor Feststellung des Personenfahrplans und der Tarife der für Baden bestellte Beirat gehört wird und daß in diesem Beirat auch die Städte und Gemeinden vertreten sind.

9. Der Landtag erwartet, daß die Verwaltungsordnung (Schlußprotokoll zu § 24, Abs. 3) ihm zur Genehmigung vorgelegt wird.

10. Der Landtag hält es für dringend erforderlich, daß eine von der gegenwärtigen wesentlich abweichende, spätere Verwirklichung über eine Verlegung des Sitzes der badischen höchsten Reichseisenbahndirektion von Karlsruhe nur mit Zustimmung der bad. Regierung erfolgt.

11. Der Landtag erwartet, daß nicht nur der Präsident, sondern auch die Mitglieder der höheren Reichseisenbahndirektion und die Vorstände der Bezirksstellen im Einvernehmen mit der Landesregierung ernannt werden.

Abg. Wittenmann (Soz.) führt aus, daß die Verwirklichung der Staatsbahnen unter den heutigen Verhältnissen zu begünstigt sei. Der Vertrag lasse leider Spezialklauseln nicht zu, seine Bestimmungen seien aber im großen und ganzen erträglich, so daß man ihm zustimmen könne. Was die Bodenbeschaffenheit anbelangt, so soll Konstant die Zentralstelle erhalten. Den Wünschen auf dem Gebiet der Kraftmaschinen wie des Eisenbahnwesens dürfen wir uns auch künftig nicht verschließen. Besonders heiligt die Frage der Nebenbahnen. Wir haben in Baden viele Nebenbahnen, die uns heute Sorgen bereiten. Daraus ist früher das Prinzip des Staatsbahnen streng durchgeführt, so wären wir heute dieser Sorgen entbunden. Wir müssen deshalb vom Reich verlangen, daß es die finanziell schwachen Nebenbahnen übernimmt oder unterstützt. Was die Zentralstellen anbelangt, so hat das Reich hier einen großen Wagnis. Es kann aufnehmend nicht genug bekommen. Wir müssen deshalb für eine scharfe Zentralisierung mit besonderer Zentral-Eisenbahndirektion in Karlsruhe eintreten. Das Reich darf nicht über seine Begrenzung hinausgreifen. Die Regierung muß darüber nachdenken, daß die Länder immer noch Staaten mit eigenem Willen sind. Wir haben dem Reich gegeben, was das Reich ist und verlangen das gleiche für Baden.

Abg. Kaper (D. B.): Der Vertrag schmeißt viel in die Verhältnisse untes Landes ein. Der Vertrag ist unheimlich. Abänderungsanträge zu stellen und zu beschließen hat keinen Zweck. Wir als Oppositionspartei haben freie Hand und zu dem Vertrag sagen wir nein. Den Entschlüssen werden wir zustimmen.

(Hörst) wurde kurz nach 7 Uhr abgebrochen. Fortsetzung Freitag vormittag 10 1/2 Uhr.

Neue Gesetzentwürfe im badischen Landtag.

Karlsruhe, 16. April. Die badische Regierung hat heute im Landtag vier neue Gesetzentwürfe vorgelegt. Der erste Gesetzentwurf betrifft die Errichtung der badischen Sicherheitspolizei. In ihm wird u. a. bestimmt, daß die Sicherheitspolizei, die ergänzend neben die bestehende Staats- und Gemeindepolizei sowie die Gendarmerie tritt, dem Ministerium des Innern unterstellt ist und unter ihrem eigenen Befehl steht. Ihre Gesamtstärke soll höchstens 3000 Köpfe betragen. Die Angehörigen der Sicherheitspolizei sind Polizeibeamte. Ihre Führer werden auf Vorschlag des Ministeriums des Innern durch das Staatsministerium ernannt. Die Anstellung der übrigen Sicherheitsbeamten erfolgt durch das Ministerium des Innern. Während der Probezeit haben den Angehörigen der Sicherheitspolizei, falls sie sich der Ausübung ihres Dienstes eine Krankheit, Verwundung oder Schädigung zuziehen, dieselben Versorgungsansprüche wie den entsprechenden Beamten zu. Im übrigen finden die Bestimmungen des Beamtengesetzes auf die Angehörigen der Sicherheitspolizei Anwendung. Die Kosten werden vom Reich und von Baden getragen.

Der nächste Gesetzentwurf betrifft eine Herabsetzung des Kammererzenges und bezieht sich auf die bisher bestehende - das Wahlrecht der Frauen beschränkende Vorschrift. In der Begründung zu diesem Gesetzentwurf wird u. a. ausgeführt, daß man von einer umfangreichen Herabsetzung des Wahlrechts auszugehen sollte, um die Wahlberechtigten heranzuführen und so für die Wahlberechtigung einen über das bisherige hinausgehenden Schritt zu tun. Die Wahlberechtigten sind durch die Wahlberechtigung herabgesetzt werden.

Der dritte vorliegende Gesetzentwurf bezieht sich auf die Herabsetzung der Vermögenserbschaftsteuer. In ihm wird bestimmt, daß sämtliche Logen und Sporteln aus dem Doppelte erhöht werden. Wo für die Bemessung der Logen und Sporteln ein Mindest- und Höchstbetrag vorgegeben ist, wird der Höchstbetrag um das Doppelte erhöht.

Der letzte Gesetzentwurf bezieht sich auf das Wahlrecht. Es wird darin u. a. bestimmt, daß das Frauen- und Löhnerwahlrecht außer in geschlossenen Städten verboten ist. Das Wahlrecht kann für Ausgewählte Wahlberechtigten gewährt werden. Auch das Wahlrecht von Wahlberechtigten oder Wahlberechtigten und die öffentlichen Aufstellungen hierzu sind verboten.

Letzte Meldungen.

Bedenkliche Unruhen im Elsass. Berlin, 16. April. (Von unserm Berliner Büro.) Im Elsass scheint es, wie über Genf gemeldet wird, gelegentlich des Streiks zu bedenklichen Unruhen gekommen zu sein, über welche die bürgerlich-französische Presse nicht berichtet darf. Die humanitäre Sprüche von einer „Welle der Entrüstung“, welche durch die endlich befreiten Lande gehe, hundert von Romanen Gefährdung seien gegen Ausländer verhängt worden, welche kein Wort französisch könnten, aber von nur französisch sprechenden Richtern abgeurteilt würden. Die französische Verwaltung traut den Einwohnern nicht und schlägt in der Streikbewegung ein „mouvement body“.

Deutsch-Oesterreich und Italien. m. Rom, 16. April. (Privat-Tele.) Staatskanzler Renner hat vor seiner Abreise den Wunsch ausgedrückt, daß bald eine neue Zusammenkunft der italienischen und österreichischen Minister in Wien stattfindet. Ritti hält es nicht für ausgeschlossen, daß er für die nächste Zusammenkunft persönlich in Wien anwesend sein würde.

Behinderung des Durchgangsverkehrs mit Ostpreußen. Berlin, 15. April. Von zuständigen Stelle wird mitgeteilt: Eine neue unerwartete Bergewallung des Harz an Anspruch Ostpreußens auf einen Durchgangsverkehr mit dem übrigen Deutschland verleiht die polnische Regierung. Anlässlich der Samstagsabstimmung spez. Polen zehn Tage jeden Verkehr mit dem Ausland. Bei dieser Gelegenheit will es den deutschen Durchgangsverkehr mit Ostpreußen auch weiter einschränken. Lediglich auf den ganz unzureichenden, englischen Nebenbahnlinie Gagar-Marienwerder, und auch hier nur bei Tage, soll Polen das Durchfahren einiger deutscher Waggons durch polnisches Gebiet zulassen, offenbar nur, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, daß es den Friedensvertrag innehalte. Die preussische Eisenbahndirektion hat sofort die nötigen Schritte zur Abwehr der neuen Verletzung des Friedensvertrages unternommen.

Wahlkreis für die gefestigende Versammlung Danzig. Paris, 15. April. (W.B.) Nach einer Meldung des Reuterschen Büros aus London hat der Sekretär des Völkerbundes dem britischen Oberkommissar in Danzig mitgeteilt, daß die Wahlen zur gefestigten Versammlung der Freien Stadt Danzig am 16. Mai stattfinden sollten.

Protestkundgebungen. Brüssel 1. O., 15. April. (W. B.) Der Oberstele, Wandere, macht: Unter dem Druck ihrer Verbände sehen sich die Organisationsleistungen der Arbeiter und Angehörigen aller Richtungen genötigt, für Samstag in allen arderren Städten Österreichs große gemeinsame Protestkundgebungen gegen die Ernennung der Interalliierten Kommission zu veranstalten. Der belgische Zentralverband sollte die Beteiligung zu.

Bochum, 15. April. (W.B.) Die Reichswehrtruppen sind heute vormittag hier eingerückt. Berlin, 16. April. (Von unserm Berliner Büro.) Zum 3. Mal an werden in Berlin keine Morgenblätter mehr erscheinen.

Handel und Industrie.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bilanzierung der Kriegsanleihen in Baden.

Als gemeinnützige Unternehmen im Sinne des § 1 der Verordnung der Reichsregierung über die Bilanzierung der Kriegsanleihen vom 24. März 1920 werden anerkannt die in Baden bestehenden öffentlichen, mit Gemeindebürgerschaft versehenen Sparkassen sowie die in Baden bestehenden sonstigen Unternehmungen, welche Körperschaftsrechte erlangt haben oder welchen die Rechtsfähigkeit gemäß § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches verliehen worden ist. — Diese Institute genießen somit die in der Verordnung gewährten Vergünstigungen.

Neue badische Aktiengesellschaft in der Maschinenindustrie.
Die bisherige Maschinen- und Kesselfabrik von Otto Wehrle in Emmendingen, die seit 1887 besteht, ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Das Aktienkapital beträgt 600 000 M. Dem neuen Aufsichtsrat gehören an: der bisherige Alleinbesitzer Fabrikant Otto Wehrle in Emmendingen, ferner Regierungsrat Dr. Janzer, Direktor der Rheinischen Creditbank Mannheim, sowie Direktor R. Boveri der Brown, Boveri u. Cie. A.-G. Mannheim. Der Sitz der Gesellschaft ist Emmendingen. Der Geschäftsbetrieb umfaßt Herstellung von Apparaten für die Brauindustrie, sowie Kondensatoren für Dampfturbinen. Auch die Reparatur von Lokomotiven wurde für die badische Eisenbahn übernommen.

Einkaufsgenossenschaft badischer Gastwirte G. m. b. H.
In der in Karlsruhe abgehaltenen dritten ordentlichen Generalversammlung der Einkaufsgenossenschaft bad. Gastwirte G. m. b. H. wurde die vorgelegte Jahresabschlussrechnung und die Gewinn- und Verlustrechnung einstimmig genehmigt. Für einbezogene Geschäftsanteile wurden 6% für bezogene Waren 2% Dividenden ausgeschrieben. Der Gesamtumsatz im Jahre 1919 betrug 1 023 834 M mit einem Reingewinn von 36 838 M. Im Jahre 1920 war ein Zufluss von 223 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Gesamtmitgliederzahl betrug Ende 1919/20 mit einem Geschäftsguthaben von 288 800 M.

Außenhandelsstelle und Holzaußfuhr.
Die Zentralstelle für die Ein- und Ausfuhrbewilligungen in der Holzindustrie wird z. Zt. in eine Außenhandelsstelle für das gesamte Holzgewerbe umgewandelt. Dann wird wieder in mäßiger Umlage die Ausfuhr von Schnittholz zugelassen werden. Für die nächsten drei Monate wird das auf den gesamten deutschen Holzmarkt entfallende Kontingent etwa 50 000 cbm betragen. Ein erheblicher Teil hiervon wird dem mittel- und südwestdeutschen Markt zugeteilt werden. Für die Berücksichtigung bei der Holzaußfuhrbewilligung kommen in erster Reihe die Holzexportfirmen in Frage, die bereits vor dem Krieg auf diesem Gebiet tätig waren, in zweiter Reihe die ostpreussischen Sägewerke, die durch Abschneuerung von den übrigen Teilen Deutschlands sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden. Infolgedessen werden die Holzhandlungen, die erst in den letzten 4 Jahren mit der Holzaußfuhr begannen, auf eine Berücksichtigung gar nicht zu rechnen haben.

Jahresergebnisse der badischen Steinzeug- u. Tonindustrie.
Die Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und Chemische Industrie in Friedrichsfeld i. B. die im vergangenen Jahre 10% Dividende verteilte, bleibt in diesem Jahre dividendenlos. — Von der Thonwaren-Industrie Wiesloch A.-G. wird für das Geschäftsjahr 1919 die Verteilung von 4% Dividende in Vorschlag gebracht (in den letzten 4 Jahren 0% Dividende).

Neues Papier an der Berliner Börse. Von der Bank für Handel und Industrie und der Deutschen Bank in Berlin ist der Antrag gestellt worden, 10 Mill. M 4% Schuldverschreibungen vom Jahre 1919, rückzahlbar von 1924 ab, und 4 Mill. M, rückzahlbar von 1925 ab, der Stadt Darmstadt zum Börsenhandel an der Berliner Börse zuzulassen.

Errichtung einer weiteren französischen Bankfiliale in Ludwigshafen. Die Banque de la sarre et des Pays Rhénans Akt.-Ges. Saarbrücken errichtet in Ludwigshafen eine Filiale.

Volksbank St. Ingbert e. G. m. b. H. Bei einem Umsatz von 221 Mill. M. (87 Mill. i. V.) beträgt der Reingewinn M. 102 433 (94 309 M.), woraus 6% (5 1/4%) Dividende verteilt werden. Die Mitgliederzahl ist von 2060 auf 2103 gestiegen.

Eine Vereinigung Deutscher Teer- und Teerprodukt-händler E. V. Man teilt uns mit: Aus Anlaß der vom Reichswirtschaftsministerium in Aussicht genommenen Teerplanwirtschaft hat sich eine „Vereinigung Deutscher Teer- und Teerprodukt-händler E. V.“ gebildet. Vorsitzender des Verbandes Ausschusses ist Herr Albert Ulrich, Charlottenburg. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W 8, Friedrichstr. 59/60.

Neugründung in Transportversicherungsfach. Unter Führung der Wilhelma in Magdeburg ist die Gründung einer neuen Gesellschaft „Seefahrt“, Transport- und Rückversicherung A.-G., mit einem Aktienkapital von 8 Millionen M in Vorbereitung begriffen.

Deutsches Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.G. In der Aufsichtsratsitzung wurde den Erwartungen der Börse gemäß beschlossen, den sich aus der Ablösungs-Transaktion ergebenden Gewinn zur Dividendenauszahlung sowie zur Tilgung umlaufender Obligationen zu verwenden.

Anglo-Continental (vorm. Ohlendorfsche) Guano-Werke, Hamburg. Der Verwaltungsrat schlägt die Verteilung von 6% (8%) Dividende vor.

Brückenbau Flender A.-G. in Benrath. Der Aufsichtsrat schlägt der auf den 4. Mai einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12% (i. V. 8%) vor.

Der italienische Bankdiskont ist mit Geltung vom 6. April ab von 5 auf 5 1/2% erhöht worden.

Frankfurter Abendbörse.

15.	a) Staatspapiere u. Bankaktien.	13.	a) Sonstige Industriepapiere.
5% D. Reichsanl.	79 7/8	Cementw. Heideh.	345.—
Darmstädter Bank	—	Ch. u. Thonw. Av.	—
Deutsche Bank	—	Anglo Guano	—
Diskonto-Ges.	—	Adlerwerke Kleyer	322.50
Dresdner Bank	—	Armatur Hilpert	—
Nationalbank	—	Deimler Motoren	—
b) Bergbau und Eisenindustrie.	—	Eßlingen	275.—
Bach Bergw. u. Gr.	392.—	Fahrz. Eisenach	—
Süderr. Eisenw.	319.50	Gasmotor Deutz	—
Deutsches Luxemb.	351.—	BingwerkeNürnberg.	—
Oelsenk. Bergw.	353.—	Dänshorn	—
Harpener Bergbau	342.—	Porzellan Wessell	—
Kalw. Aschersleb.	474.50	Ver. Fränk. Schuhl.	—
Kalw. Westergeln.	740.—	Schul. Ver. Wessell	—
Loth.H. u. Bergw. V.	—	Diach. Aufg. Wesenst.	—
Mannheim-Röhren	—	Waggon Puchs	—
Oschl. Eisenb. Bed.	250.—	Zellulose Waldhof	303.—
Oschl. Eisen (Caro)	—	Schantung Eisenb.	270.—
Phönix Bergbau	443.—	Lahmeyer	207.—
		Schuckart (Nürnberg)	—
		Siemens & Halske	—

Frankfurt, 15. April. (Drahtb.) Bei angeregtem Geschäft war die Gesamthaltung fest unter Bevorzugung der Montanpapiere. Es stellten sich Phönix mit 443 1/8%, Har-

Kommunales.

Freiburg, 18. April. Das Stadtparlament erledigte gestern in vierstündiger Sitzung die Vorlagen des Stadtrats bis auf eine, die Bildung eines Stadt-Wohlfahrtsausschusses zur Befolgung des Armen- und Fürsorgewesens der Stadt; die Vorlage, zu der einige Änderungen beantragt wurde eine Reihe von Wünschen und Anregungen vorgebracht wurden, geht an eine gemischte Kommission, die im Zusammen mit sozialen und caritativen Organisationen den ganzen Stoff nochmals durcharbeiten und dann eine endgültige Vorlage an den Stadtratsausschuss bringen soll. Die übrigen Vorlagen des Stadtrats wurden einstimmig angenommen. Eine sehr eingehende Debatte rief der Antrag auf Erwerbung der Anteile und Bauten der gemeinnützigen Siedelungsgesellschaft (mit einem Gesamtaufwand von voraussichtlich 666 000 Mark) hervor, weil das ganze Problem der Wohnungsknappheit und des Mieterschutzes dabei aufgerollt wurde. Die verschiedenen Auffassungen dieser Fragen sind durch beide Parteien — Bergmeister und Mieter — temperamentsvoll, aber im allgemeinen sachliche Debatte. Scharfe Angriffe wurden den Hausbesitzern gegen das Vorkaufsrecht und dessen Fortschreiten erhoben, die aber von rechtlich und sachlich entscheidenden Gegnern beantwortet wurden. Der Stadtratsausschuss hat sich für die Erwerbung der Anteile (11 800 Mark) durch gestrichelt, ebenso die Erhöhung des Beitrags für die Kraftwagensteuer nach 74. März um 5000 Mark. Wenn der Betrieb aufgenommen werden kann, vermochte noch niemand zu sagen.

Aus dem Lande.

Baden-Baden, 14. April. Unter dem Vorsitz des Herrn Stadtpfarrers D. Hessebacher, des neuen Seelsorgers unserer Gemeinde, fand eine Kirchengemeindeversammlung mit umfangreicher Tagesordnung statt. Von den verschiedenen Punkten ist zu erwähnen, daß den vier Geistlichen der Gesamtgemeinde und einer Reihe von kirchlichen Angehörigen der Gesamtgemeinde und einer Reihe von kirchlichen Angehörigen der Gesamtgemeinde und einer Reihe von kirchlichen Angehörigen der Gesamtgemeinde...

Horsheim, 14. April. Die Leiche, die vor kurzem auf dem Behälter der Dampfbahn in der Nähe von Horsheim gefunden wurde, ist die des 15jährigen Heinrich Seeger aus Ronbach. Es soll sich um einen Selbstmord handeln.

Hornberg, 9. April. Hier hat ein Geschäftsmann, um schnell reich zu werden, Raubverbrechen zu begehen versucht, um so zu noch viel höherem Verbrechen wieder loszuschlagen. Durch den plötzlich einsetzenden Preissturz soll er nun einen Verlust von 70 000 Mark zu verzeichnen haben. Auch im Bezirk Ehrenheim soll ein Händler wohnen, dessen Verlust in der Raubverbrechens-Spekulation sich auf nicht weniger als 40 000 Mark beläuft.

Freiburg, 11. April. Die freien Räume des Schlosses Friedenweiler nebst Einrichtung wurden vom Fürsten von Fürstberg auf zwei Jahre dem Caritasverband für die Erblöcher Freiburg zur Erziehung eines Kindererziehungsheimes überlassen.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Worms, 13. April. Eine Gesellschaft von Ueberlebenden und Erbschreibern plant seit Monaten in der Leberfabrik von C. Heil. In der vergangenen Nacht wurde dort wieder ein Einbruch verübt und 800 Quadratmeter farbige Glasfenster im Werte von 12 000 Mark gestohlen. Der Gesamtwert des bis jetzt erbeuteten Lebers beträgt mehrere hunderttausend Mark. Die Leberfabrik macht die gestohlenen Leber ohne Abnehmer in die Räume der Bergerischen Brauerei und fuhren einen Teilschiffen. — Eine Lohnbewegung der Milchmischer ist im Kreise Worms entstanden. Die Milchmischer des Kreises bieten in den „Zwei Hühnern“ eine reichlich besetzte Verformung ab und beschließen, zu den bisherigen Verhältnissen (7% Wfa. pro Liter) nicht mehr zu kommen. Sie unterbreiteten dem Preisamt ihre Forderungen und verlangen für den Liter eine Vergütung von 16 Pf. und Ertrag der Transportkosten.

Hildesheim, 14. April. Einem Brandions-Explosionsunglück fielen hier drei Knaben und ein frangösischer Soldat zum Opfer. Die Explosion war so stark, daß das Kellergeräusch, in dem die Munition lag, zertrümmert und die Zimmerdecke emporgeschoben und aufgerissen wurde. Auch in den Nachbarhäusern empfand man durch den Aufbruch. Der Soldat, namens Alexander Wölfe, büßte durch eine schwere Schädelerletzung sofort das Leben ein. Leber fuhr aber auch durch die Zerstörung eines so gewaltigen Schiffsantriebs in den Rathaushof, daß die etwa 15 bis 20 Meter entfernten dort spielenden drei Kinder ergriffen wurden. Eines von ihnen starb sofort, die beiden anderen nach zwei Tagen.

Sportliche Rundschau.

Für die Mannheimer Pferderennen

Laufen fortgesetzt beim Union-Club in Berlin unter Aufsicht ein, welche rechtzeitig abgegeben wurden, durch die Bestimmungen jedoch verspätet zugelassen wurden. So sind, wie der letzte Wochenrennenbericht veröffentlicht, für verschiedene Rennen noch 24 ständige Unterfertigungen abgegeben worden, darunter für den letzten Einzelrennen der Badenica noch 4 Gefährungen, wodurch diese noch 28 Startberechtigungen erreicht. Am Dienstag schlossen ebenfalls ständige Rennen, welche an den beiden ersten Renntagen gelaufen werden. Hierbei wurden 163 Startberechtigungen gemeldet, pro Rennen also durchschnittlich 14. Es ist dies ein Rekord, welches mit dem Rennensprogramm vereinbart werden kann und das gute Aussichten verspricht. Wie schon vor kurzem berichtet wurde, mußten die Mannheimer Verkaufsergebnisse wegen schlechter Rennungen neu ausgeschrieben werden. Die Rennenschrift, welche gleichfalls am Dienstag schloß, hatte ein sehr befriedigendes Ergebnis, indem nunmehr diese Rennen durchschnittlich 17 Unterfertigungen erhielten. Das Rennensprogramm für den ersten und zweiten Renntag ist dem Druck übergeben worden und wird in 8 Tagen käuflich sein. Zu dieser Zeit wird auch der Rennensprogramm beginnen und die Aufstellung der Eintrittskarten an die Mitglieder des Badischen Rennvereins. Wie wir hören, wird benachteiligten Vereinsmitgliedern, welche während des Krieges die ermäßigten Jahresbeiträge bezahlt haben und deren sie auch dieses Jahr Mitglied bleiben, ein besonderes Entgegenkommen angesetzt, welches gleichfalls zu einem Zeitpunkt zur Durchführung kommt. Es ist zu erwarten, daß die ruffähigen Beiträge innerhalb der nächsten 8 Tage bezahlt werden und daß auch Neuzugänge, die in erweiterter Weise zuzunehmen, alsbald, und nicht erst in den letzten Tagen vor dem Rennen zur Anmeldung kommen.

Internationaler Ringen- u. Bogenschießfest im Krollochsee.

Am gestrigen Donnerstag trat zuerst R 6 u s dem Mannheimer Schwimmverein gegenüber. Das Charlottenburger Leichtgewicht konnte dem starken Mannheimer immer wieder entfliehen und brachte dieses auch seinen Gegner in gefährliche Lage. Nach 15 Minuten sollte Reichleiner einen Ueberführer, aus dem es kein Entkommen mehr gab, und drückte R 6 u s auf beide Schultern. Weltmeister Sauerer hatte wenig Mühe, den Düsseldorf Landau nach 4 Minuten durch einen kräftigen Hüftenstoß auf die Schultern zu legen. Im Entscheidungstakt trafen sich Grünwald und W 6 u n g. Der Pole setzte dem R 6 u s von Rheinland-Westfalen lächlig zu. Da aber Grünwald technisch doch der weit Bessere war, so nützte dem Polen keine ungeschickten Angriffe nichts. Nach einer Gesamtlänge von 22 Minuten konnte Grünwald eine Kanterprobe abgeben. Mit Kopfdruck aus dem Stande war das Schicksal dieses Festes besiegelt. Heute Freitag debütierte der Meister gegen den Ostpreußen Fritz Stoltenwald gegen W 6 u n g. Im Entscheidungstakt treffen sich W 6 u n g (Rhinland) und Sero Christensen. Der bekannte Boxer Reich (125 Pf.) hat die Herausforderung von Goldstein, Borussia (140 Pf.) angenommen. Das Treffen findet auch heute Abend statt.

Fußball.

F. S. V. Sportplatz bei der Eisenbahnstation. Seit Öffnung der Rheinlinie hat die lang unterbrochenen Beziehungen zwischen der Mannheimer und Ludwigshafener Sportvereine wieder aufgenommen worden. Der Verein für Fußball hat im einzigen Spiel des Sonntags die 1. Mannschaft des belandenen F. S. V. durch Schlußstrich zum Sieger. Becker trafen sich die in Oben erwähnte S. V. R. Reize mit der 1. Mannschaft des F. C. Pfaffstadt. (Weiteres S. 2.)

pener mit 322 1/2%, Bochumer mit 360 1/2%, Deutsch-Luxemburger mit 351 9/16 höher. Friedrichshütte notierten 1120. Aschersleben 474 1/2. Westeregeln 740. Schiffahrtsaktien konnten sich befestigen. Schantungbahn 570 + 10%. Canada beliebhaften Umsätzen 960-970. Die Kurse der Elektrizitätswerte stellten sich meist höher. Deutsch-Uebersee gewannen 20%. Felten u. Guillaume 21%. A. E. G. 10%. Von sonstigen Industriekursen schwächten sich Zellstoff Waldhof 7%, Aschaffenburg 5%, Adlerwerke Kleyer 7 1/2% ab. Gummiwaren Peter gewannen 5%. Höher gingen Otavi-Gemüscheweine um 600 + 30 M. Badische Zuckerfabrik stiegen um 0% auf 360; Scheideanstalt notierten 668%. Metallbank 248. Mexikaner und Griechen lagen fest. Eine Steigerung von 20% erfuhr 5% Rumänen, 160. 4 1/2 % Rumänen 125 + 4%. Deutsche Petroleum schwankend, 753-763 und schlossen 755.

Neueste Drahtberichte.

Kallwerke Aschersleben.
X Berlin, 16. April. (Drahtb.) Die gestern abgehaltene Generalversammlung genehmigte den Jahresabschluss. Der Gesamtgewinn ist von 28 Mill. M auf 23.8 Mill. M gestiegen; der Reingewinn beträgt 17.7 Mill. M gegen 2.3 Mill. M im Vorjahre. Es werden über 10 Mill. M den Reserven überwiesen und ein Betrag von 0.6 Mill. M bleibt als Neuvortrag. Der Jahresabschluss sowie die Bilanz wurden genehmigt. Danach erhalten die Aktionäre wie im Vorjahre 10% Dividende, ferner einen Bonus von 20%. Das günstige Ergebnis hängt mit der Wiederaufnahme des Kalkexports zu guten Preisen infolge des Valutastandes zusammen. In der Bilanz weisen die Kreditoren eine Erhöhung von 1.7 auf 5.1 Mill. M auf. Ferner ist in diesem Abschluss ein Bankguthaben von 2.0 Mill. M ausgewiesen, während im Vorjahre Bankschulden mit 2.6 Mill. M zu verzeichnen waren.

Die anschließend an die ordentliche Generalversammlung stattfindende außerordentliche Generalversammlung hat die Kapitalerhöhung durch Ausgabe von 2.5 Mill. M Vorzugsaktien genehmigt.

Der Saatensatz in Preußen.
X Berlin, 16. April. (Eig. Drahtb.) Für das laufende Jahr beginnen jetzt wieder die amtlichen Veröffentlichungen für den Saatensatz in Preußen. Der frühe Winterbeginn hat die Erledigung der Herbstbestellung ungemein behindert, sodaß etwa 18.5% an Weizen und 11.6% Roggen weniger als im Vorjahre ausgeht wurden. Durch Fröste ist am stärksten der Roggen mitgenommen worden. Die ständige Beunruhigung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Streiks, Arbeitsunwilligkeit usw. werden als Gefahr im Allgemeinen und im Besonderen für die Erzeugung der so dringend benötigten Feldfrüchte bezeichnet. Ueber Mangel an Saatgut für die Sommerernte liegen nur ganz vereinzelte Nachrichten vor. Dagegen fehlt es an Saatkartoffeln und vielfach werden die vorhandenen Sorten für ungenügend in Qualität erklärt.

Kapitalerhöhungen.
X Berlin, 16. April. (Eig. Drahtb.) Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik Stoewer in Stettin nimmt eine Verdoppelung des Aktienkapitals auf 6 Mill. M. vor mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar des laufenden Jahres ab. — Gusstahlwerk Witten nimmt die Verdoppelung auf 13 Mill. M. vor. — Metallwarenfabrik vom Wöbber A.-G. verdoppelt das Kapital auf 2.5 Mill. M. — Die Eppweiler-Rättinger Metallwerke verdoppeln das Kapital auf 4.8 Mill. Mark mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1919. — Die Kölner Reederei A.-G. erhöht das Kapital um 1.25 auf 2 Mill. M.

X Berlin, 16. April. (Eig. Drahtb.) In der Mittwochabendgabe des Reichsanzeigers werden im einzelnen die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Außenhandelsstelle im Wortlaut veröffentlicht.

X Berlin, 16. April. (Eig. Drahtb.) Die Kautschukpflanzung Moanja A.-G. und die Deutsche Kautschuk A.-G., beide in Berlin und Kamerun, haben die Ermächtigung erhalten, die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das laufende Geschäftsjahr erst zum 1. Oktober zur Vorlage zu bringen.

Waren und Märkte.

Süddeutscher Holzmarkt.

sr. Mannheim, 16. April. (Wochenbericht.) Am Brettermarkt zeigte sich große Ruhe. Verkaufsangebote waren überreichlich vorhanden. Die Zurückhaltung im Einkauf nahm aber noch eher zu als ab. Die Forderungen der Sägewerke stehen noch über den Sätzen, zu denen der Großhandel einzukaufen bereit wäre. In Oberbayern, dem Allgäu und in Schwaben forderten Sägewerke für 16" lange, 1" starke und 5-12" breite, unsortierte sägefällende Bretter etwa 1100.— M für den cbm frei Bahnwagen der Versandstationen. Der Großhandel abgibt im Einkauf, weil seine Angebote von der rheinisch-westfälischen Kundschaft unbeachtet bleiben, da sie die verlangten Preise zu hoch fand. Es fehlt also die Grundlage zur Kalkulation für Eindeckungen. Schwarzwälder Sägewerke forderten neuerdings für 16" lange, 1" starke und 5-12" breite Ausschulbretter etwa 1175-1200 M für den cbm bahnhöflich der Abgangstationen, während die Forderungen für „gute“ Ware gleicher Abmessungen sich um etwa 300 M über diesem Satz hielt.

Die Leipziger Rauchwarenmesse zeigt eine ruhige Anfangstendenz. Die inländische Kundschaft schreckte die hohen Preise, während die ausländische angesichts der Stärkung des Marktkurses zurückhielt. Einige Franzosen und Belgier sind die ersten Melkäufer vom Ausland. Das Angebot ist nicht allzu groß. Immerhin bietet sich eine gute Auswahl.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat April

Regelstation von Rhein	11	12	13	14	15	16	Bemerkungen
Dehnbühl	1.30	1.35	1.35	1.35	1.40	1.40	Abends 8 Uhr
Kehl	2.30	2.37	2.34	2.36	2.38	2.38	Rechnen, 2 Uhr
Rauhe	4.06	4.07	4.07	4.07	4.08	4.08	Rechnen, 2 Uhr
Mannheim	2.25	2.10	2.07	2.07	2.00	2.00	Vorm. 7 Uhr
Heilbr.	1.04	—	—	—	—	—	Vorm. 12 Uhr
Karlsruhe	—	—	—	—	—	—	Vorm. 2 Uhr
Speyer	—	—	—	—	—	—	Rechnen, 2 Uhr
vom Neckar:	—	—	—	—	—	—	—
Mannheim	2.22	2.09	2.08	2.10	2.09	2.09	Vorm. 7 Uhr
Heilbronn	0.40	0.55	0.55	—	0.53	—	Vorm. 7 Uhr

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbestimmter Hochdruck mit gerichtlich verjagt.
17. April: Schön, milde.

Witterungsbericht.

Datum	Barometerstand mittags 7 Uhr mm	Temperatur mittags 7 Uhr Grad C.	Tierische Temp. Grad C.	Niederschlag Liter auf qm	Wind	Bemerkungen
10. April	748.3	12.0	11.5	—	16.0	5 2 bewölkt
11. April	743.3	13.0	11.8	—	21.2	4 11 bewölkt
12. April	748.7	9.0	7.9	2.8	12.0	5 4 bewölkt
13. April	748.1	10.0	10.0	0.9	18.0	5 2 bewölkt
14. April	748.2	10.2	9.6	—	18.3	5 4 bewölkt
15. April	748.7	9.0	8.2	—	16.3	5 4 bewölkt
16. April	748.8	12.3	12.0	4.1	20.5	5 4 bewölkt

Hauptredaktion: Dr. Fritz Goldbaum.
Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Goldbaum; für Redaktion: Dr. Richard Goldammer; für Druck: Dr. R. W. für Anzeigen: Karl Kögel.
Druck und Verlag: Trautwein Dr. Grotz, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, K. 2.



Kammer-Lichtspiele Planken D 2, 6 : Heute Erst-Aufführung!

„JUDEX“

Ein Abenteuer-Roman in 6 Teilen (12 Episoden in 25 Akten). — Dieser Film kommt in 4 aufeinanderfolgenden Wochen zur Vorführung. Das jetzige Programm enthält die zwei ersten Episoden:

1. Der geheimnisvolle Schatten. 2. Die Sühne.

Die folgenden Episoden sind: 3. Die phantastische Meute. 4. Der leere Sarg. 5. Die unheilvolle Mühle. 6. Die Ausrufung „Veritas“. 7. Die Dame in Trauer. 8. Die Kette des roten Schlosses. 9. Das Erwachen. 10. Wenn das Herz spricht. 11. Die Nixe. 12. Der Sieg der Liebe.

Die Handlung dieses Films ist erstklassig, und die Spannung steigert sich von Akt zu Akt, sodass die Besucher keinen Augenblick zur Ruhe kommen. Es verlohnt sich, sich diesen Film anzusehen, da noch 3 weitere Fortsetzungen zu folgen.

Die Hauptdarsteller:
Griffin v. Terzani . . . Fr. Dario — Roger v. Terzani . . . Philipp Wels . . . Paul v. Terzani,
gen. JUDEX . . . Enrique Moreno — Fündig, Privatdetektiv . . . Fridolin Meyer — Diana Monti,
eine Abenteuerin . . . Irma Vpp . Robert Korjean . Henri Devalde — Graf Artur v. Bergen . Herr Plateau

Anfang 5 Uhr — Samstags und Sonntags 3 Uhr

National-Theater.

Freitag, den 16. April 1920. Verpflicht. d. Meist. Hst. C.
Zum Besten der Denkmalspflege

Der lebende Leichnam

Abgang 7 Uhr. Mittel-Preise. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“

Heute Freitag, 16. April, abends 7 1/2 Uhr:

Vollständig neues Variété-Programm

Fortsetzung des Intera-Ringer u. Boxerwettstreits

Entscheidungskampf Christensen gegen Worgal

Stolzengwald gegen Waujek

Herausforderungs-Boxkampf Goldstein gegen Leicht.

Kabarett Rumpelmayer

Joseph Müllecker

der vorzüglichste Miniarthumorist.

Carma, die ausgezeichnete Tanzkünstlerin.

Verein heimatstreu Ost- und Westpreussen.

Sitz machen auf die

Versammlung

am Sonntag, den 18. d. Mts., 4 Uhr nachm.

in den „Zwei Apfels“ besonders aufmerksam. Herr Wolf aus Wittenberg, D.-B. wird in der Versammlung sprechen. Sämtliche Bundesleute, auch nicht abstimmberechtigte, sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Palast THEATER!

Narrentanz der Liebe

Nach d. Roman „Mie“ v. Robert Heymann in 5 Akten.

Hauptdarstellerin:
Fritzi Massary
der Stern des Metropoltheaters Berlin.

Das Zukunfts-Restaurant

Lustspiel in 2 Akten.
Anfang 5 Uhr.
Samstags u. Sonntags 2 Uhr.

Zu verkaufen:

500 Stück Mutter 1 1/2" (Whitworthgew.)
1700 " " 1 1/4" (Whitworthgew.)
Rundeisen (Schraubenqualität):
24 mm Ø 25 30 45 50 60
10, 240 m 180m 240m 6m 16m 10m
feiner: 2 Planscheln, 1 Hlnabalg,
1 Bohrmaschine für Hand- und
Maschinenbetrieb, 1 kl. Drehbank
auch z. Treten eingerichtet, 2 Schmied-
feuertrennsätze, 1 Winde, 2 Besl-
malwagen neu, 1 Dampfmasch.
Angebote erb. unter X. P. 6 an die Geschäftsstelle.

Linoleum

in verschied. Stärken und Farben
ist wieder eingetroffen. 4996

Hermann Bauer
P 7, 19. Tel. 956. P 7, 19.
Tapeten, Teppiche, Linoleum.

Colosseum-Walhalla

Ab Freitag, den 16. April, in beiden Theatern!

Herrin der Welt VI. Teil Die Frau mit den Milliarden

6 Akte MIA MAY 6 Akte

Außerdem: Schönes Beiprogramm!

Versäume niemand — Nur 4 Tage!

Extra billig Gemüse

- Frischer Spinat 60 Pfg.
- Frisch. Rhabarber 60 Pfg.
- Frische Bittermelde St. 25 Pfg.
- Frisch. Schnittlauch 15 Pfg.
- Frisch. Waldmeister 15 Pfg.
- Frische Petersilie 25 Pfg.
- Frische Radiesch. 25 Pfg.
- Wäzinger rote Rottische 60 Pfg.
- Eiszapfen, weiße Rottische 60 Pfg.
- Helle Zitronen St. 60 Pfg. an
- Süße saftige Orangen St. 1.75 an
- Kolonialwaren u. Hülsenfrüchte
- Robkaffee Pl. 27.00, Quilo Pl. 4.30
- Haag-Kaffee Pl. 15.00, Cefabo Pl. 1.00
- Linum Pl. 5.75, Taploca 4.95
- Bohnen Pl. 3.95, Erbsen 3.75
- Backpulver 18, Puddingp. 25
- Gewürze alle Sorten.

Eier :: Käse :: Honig

- Hühner-Eier Stück 1,95
- Gouda - Trichter - Käse
- Handkäse 95 Pl., Birkkäse 1,45
- Bienenhonig 7.15
- Kakaobutter 7.15
- Tafelsenf 2.50, Rührerkäse.
- Fleisch- und Wurstkonserven
- Kanin-Loberpaste Ds. 3.50
- Speck, geräuch. amt. gep. 3.10
- Delikatess-Würstchen Paar 3.10
- Cornd Beef, ger. Schinken
- Weißer Rohren mit Speck D. 9.50
- Gänseputzfleisch Lt. Pfd.-Dose
- Fleischsalatff. 1/2 Pfd. 2.65
- Gelbese, Schlüssel mitbringen
- Gänseleberpaste, Schweinefleisch l. B.
- Froschschenkel fertig l. Dose 4.50

Fische, Wein, Liköre

- Neu angetr.: Große Salzheringe
- Frische Saftische, Geflügel erw.
- Frische Räucherfische 1/2 Pl. 2.75
- Anchovy-Gabelbissen l. Glibern
- Zander od. Nacht l. Gelee D. 8.75
- Gokochl. Fisch, fertig l. Dose 5.75
- Thonische l. D., Del.-Heringe l. Sauce
- Wakrelen l. D., Salzgorken 25 Pf.
- Rumbranntwein 21.00
- Zwischenwasser, Rognak, Rum
- Tarragona-Südwein 22.80
- Bergaberner Weißwein 18.00
- Boonekamp Cherry Brandy
- Beringerpaste 2.65, Harpl. D. 7.20
- 1917er Weiden, Weißwein 27.00
- Wlren 4-Pfund-Dose 14.25
- 1-1 Preiselbeeren billigst 1-

Miet-Gesuche.

Tausch!
2 Zimmer - Wohnung in guter teiler Lage gegen 5-4 Zimmer - Wohnung zu tauschen gel. *1433
Angebot u. X. U. 21 an die Geschäftsstelle.

Möbl. - Zimmer
Gesucht.
Röbe Churfürstendiale, Angerstraße unter Y. H. 28 an die Geschäftsstelle. *1456

Bester Herr, burhan solide, sucht per sofort möbliertes Zimmer

Zimmer
Angebot unter Y. S. 44 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Platz gesucht.
Dipl. - Ing. sucht für sehr ausst. Unternehm. in Nähe der Bahn geeignete Gelegenheit f. Stein-fabrikation.
Angebot erbeien unt. X. Y. 20 an die Geschäftsstelle d. Bl. 80973

Noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene.

Kriegsgefangene, die nachweisbar in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Kriegsgefangenschaft waren und noch nicht heimgekehrt sind, müssen von ihren Angehörigen sofort dem zuständigen Kreisheim gemeldet werden mit folgenden Angaben: Namen, Vornamen, Truppenteil, Dienstgrad, Tag und Ort der Gefangennahme, Gefangenennummer, letzte Kriegsgefangenenadresse und Datum der letzten Nachricht des noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen. Es dürfen nur solche Kriegsgefangene gemeldet werden, von denen mindestens eine eigene Nachricht aus der Kriegsgefangenschaft vorliegt oder die durch eidesstattliche Erklärung eines Kameraden als bestimmt in Kriegsgefangenschaft geraten bestätigt werden können. In letzterem Falle ist die Adresse dieses Zeugen mitzuteilen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die einzureichenden Meldungen sich vorläufig nur auf die in obengenannten Ländern befindlichen Kriegsgefangenen beziehen dürfen. Für die Kriegsgefangenen in Rußland, Rumänien und Japan wird später ein gleicher Aufruf erfolgen. Anmeldungen nimmt in Mannheim entgegen Kreisheim N 2, 4, Erdgesch. links. 5030

Millionen bringen die Erfinder neuer Ideen zusammen. Weg u. Wst. aller Art, auch Ideen (Strenge Geheimhaltung) an die Internat. Patentbüro, Kassel M. 66. 6172

Echten Honig
preisw. abgegeben 5033
Kothweller, S 1, 16.

Kragen
-Wäscherei
Schorpp
liefert in 3 Tagen
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
N 3, 17
U 1, 9
G 5, 10
Kronprinzenstrasse 45,
Städtel Lindenhof:
Eichelheimerstr. 24
Neckarstadt:
Mittelstrasse 54.

Verloren.
Verloren.
Montag gm. 4 u. 5 Uhr
am Holzgarten über
Wasserturn bis O 5
gold. Kettensarmband
Abzug ges. beide Bel.
Abz. Geschäftsst. *1440



VORNEHMSTES LICHTSPIELHAUS

Spielplan vom 16. bis 22. April:
**Boccacios
Liebes-Abenteuer**
Großer Ausstattungsfilm in
4 Abteilungen

Meesterwoche Nr. 11
sowie ein Lustspiel
mit
„Knoppchen“
Herrliche Naturaufnahmen

1 Praesto
Torpedo 6 Hst 14/40 PS. mit 5 neuen Dichtelndfen
Nk. 160000.-

1 Opel Limousine
14/30 Hstiger Nk. 130000.-
beide komplett zu verkaufen. *1438
Ludwigshafen a. Rh., Kaiser Wilhelmstr. 26, III. St.
zu erfragen: Nachmittags 2-5 Uhr.

Welches Hotel oder
Stranzenanhalt liefert
Hundefutier
gegen monat. Vergütung
Angebot an *1438
W. Zimmermann, T 4, 19.

**Alois Pöschl
kommt!!!**

**Alois Pöschl
kommt!!!**
Sonntag, 18. April
nachmittags 4 Uhr
**V. f. R.
Phönix**
(Ludwigshafen) 5101